

Der Kampf um Europas Zukunft

Timothy Garton Ash*

Europa befindet sich am Anfang einer neuen Zeit. Der Kontinent erlebt im Moment eine heftige Auseinandersetzung zwischen zwei gegenläufigen Ideen von Europa: dem liberalen und dem illiberalen, dem internationalistischen und dem nationalistischen, dem Europa der Integration und dem der Desintegration. Welche Idee von Europa sich durchsetzt, wird von der Stärke und dem Geschick innenpolitischer Kräfte abhängen, aber auch von externen Entwicklungen, auf die die Europäer geringen oder gar keinen Einfluss haben.

Diese bislang namenlose Epoche europäischer Geschichte begann mit Wladimir Putins großangelegter Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022. Anfänge sind für die Geschichte wie auch für eine Romanze entscheidend. In den ersten sieben Jahren nach 1945 schuf der Westen unter Führung der USA so gut wie alle bedeutenden internationalen Institutionen, die bis heute existieren, darunter die UNO und die NATO. Die 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl legte den Grundstein, auf dem schließlich die Europäische Gemeinschaft errichtet wurde. In den ersten sieben Jahren nach 1989 haben Europa und die USA beschlossen, die euro-atlantische Ordnung auf weite Teile der östlichen Hälfte des Kontinents auszudehnen. Dies schloss die NATO und die Europäische Gemeinschaft ein, die seitdem zur heutigen Europäischen Union vertieft wurde.

* Dieser Text wurde unter dem Originaltitel *The Fight for Europe's Future* erstmals am 28. Juni 2025 in der *Financial Times* veröffentlicht und liegt hier in leicht überarbeiteter Fassung vor.

Diese zwei sich überschneidenden Zeiträume, in denen diese Ordnung geschaffen und erweitert worden war, dann aber erodierte – also die Nachkriegszeit (d. h. nach 1945) und die Nachwendezeit (d. h. nach dem Fall der Berliner Mauer) –, kamen mit der russischen Vollinvasion in der Ukraine Anfang 2022 gleichzeitig an ihr abruptes Ende. Die Institutionen bestehen fort, aber ihr Kontext hat sich gewandelt. Wir befinden uns im Jahr fünf dieser neuen Zeit – einer Art Gegenstück zum Jahr 1949 in der Nachkriegszeit und zum Jahr 1993 in der Nachwendezeit.

Das Wort *Zeitenwende*, das Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 in seiner Rede vor dem Bundestag prägte, wird zwar auch im Englischen verwendet, gelegentlich aber auch als »turning point«, als Wendepunkt, übersetzt. Der springende Punkt ist aber, dass es sich nicht um einen Punkt handelt. Ein einzelnes dramatisches Ereignis kann eine Zeitenwende auslösen, aber es dauert Jahre, bis sich der Charakter dieser neuen Zeit ausgeformt hat – und noch länger, bis sie einen feststehenden Namen erhält. Sie möchten also wissen, was aus der *Zeitenwende* wurde? Fragen Sie 2029 noch einmal nach.

Dreifacher Schock und Espresso

Auf die Floskel vom »Weckruf« antwortet mancher spöttisch, man könne geweckt werden, aber trotzdem im Bett bleiben. Im Juni 2025, beim NATO-Gipfel in Den Haag, waren die europäischen Staats- und Regierungschefs bestrebt zu zeigen, dass sie nicht nur aufgewacht, sondern dass sie aus dem Bett gesprungen sind, schnell einen doppelten Espresso heruntergekippt haben und nun bereit sind, die historische Aufgabe anzunehmen. Tatsächlich mussten erst drei große Schocks Europa erschüttern, damit sie an diesen Punkt gelangten.

Kurz gesagt waren das der Putin-Schock, der Xi-Schock und der Trump-Schock. Einzelne Personen spielen eine wichtige Rolle für den Lauf der Geschichte, und die Charaktere und Blickwinkel der russischen, chinesischen und amerikanischen Präsidenten Wladimir Putin, Xi Jinping und Donald Trump haben erhebliche

Auswirkungen auf sie gehabt. Aber hinter jedem dieser drei Namen verbergen sich viel größere Entwicklungen.

Auf absehbare Zeit steht Europa einen revanchistischen Russland gegenüber, das entschlossen ist, so viel wie möglich von seinem einstigen Imperium wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Das Russland von heute hat eine Kriegswirtschaft, eine militarisierte Gesellschaft und eine politische Meistererzählung vom zivilisatorischen Konflikt mit dem Westen. Mit Sabotage, Brandstiftung, Cyberangriffen und großangelegten Desinformationskampagnen in den sozialen Medien führt es schon jetzt einen hybriden Krieg gegen den Westen.

In Xis China hat Putin einen mächtigen Verbündeten. Aber nicht nur China ist bereit, trotz seines brutalen, neokolonialen Kriegs gegen die Ukraine weiterhin Kooperationen mit Russland einzugehen. Das Gleiche gilt für viele weitere Groß- und Mittelmächte wie Indien, Südafrika und Brasilien. Zum ersten Mal in der Geschichte haben diese Länder die finanziellen Mittel und die Macht, um ein Gegengewicht zum Westen zu bilden. Die Gesamtwirtschaftsleistung der BRICS-Staaten belief sich 2024 nominal in US-Dollar gemessen auf mehr als die Hälfte der Gesamtwirtschaftsleistung der G7-Staaten, berechnet auf Basis der Kaufkraftparität lag sie etwa 10 Billionen US-Dollar darüber. Der Krieg in der Ukraine hat also den Europäern vor Augen geführt, dass sie bereits in einer postwestlichen Welt leben.

Der Schock aber, der die europäischen Politiker schließlich aus dem Bett holte und ihre Espressomaschinen anwerfen ließ, kam nicht aus dem Osten, nicht aus dem Süden, sondern aus dem Westen. Wie bei den ersten beiden geht es beim Trump-Schock nicht allein um den einzelnen Staatschef. Über den größten Teil des 21. Jahrhunderts hinweg haben wir die anhaltende Entwicklung beobachtet, dass die USA ihr Engagement in Europa verringern möchten, um sich auf innere Angelegenheiten konzentrieren zu können (»Nationsbildung im eigenen Land« lautete Barack Obamas Formulierung) sowie den lange angekündigten »Schwenk nach Asien« zu vollziehen. Dieser Trend wurde durch die geriatrisch-transatlantische Haltung Joe Bidens nur ein wenig überdeckt, und er

wird sich wahrscheinlich unter jedem zukünftigen US-Präsidenten fortsetzen.

Überlagert wird dieser Trend durch Trumps revolutionäre Agenda und seine MAGA-Bewegung. Seine Regierung behandelt die Ukraine nicht mehr als Verbündeten, sondern versucht sich im besten Fall daran, als ehrlicher Makler zwischen Russland und dem Opfer von dessen Aggression aufzutreten. In vielerlei Hinsicht verhalten sich Trumps USA nun nur noch wie eine weitere der transaktionalen Mächte einer postwestlichen Welt. Für das von der EU verkörperte liberale Europa stellt dies eine dreifache Herausforderung dar: geopolitisch mit Blick auf die Ukraine und die Verunsicherung, ob die US-Sicherheitsgarantien weiter gelten; wirtschaftlich, durch Zölle und wirtschaftlichen Nationalismus; und ideologisch, wegen der unverblünten Unterstützung antiliberaler Parteien in Europa.

Als Reaktion darauf ertönen in Europas Parlamenten, Kanzleien und Hörsälen kühne Reden, in denen erklärt wird, dass Europa diese Herausforderung bewältigen kann, muss und zu einer Großmacht heranwachsen wird, die in der Lage ist, unsere gemeinsamen Interessen und Werte zu verteidigen. Zugleich befinden sich Europas antiliberale Kräfte im Aufwind. Erstaunlicherweise werden sie nun sowohl von Moskau als auch von Washington unterstützt.

Die USA haben sich der EU gegenüber gelegentlich ambivalent verhalten, nun aber wenden sie sich zum ersten Mal aktiv gegen sie. Wie der Historiker Mark Mazower dargelegt hat, greifen trumpistische Ideologen wie US-Vizepräsident J. D. Vance bei der Unterstützung von fremdenfeindlichen, rechtsextremen Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) auf merkwürdige Weise Europas eigene antiliberale, nationalistische Vergangenheit auf und schicken sie nach Europa zurück.¹ Das bleibt nicht ohne Wirkung. Eine Umfrage des European Council on Foreign Relations (ECFR) zeigt eine beeindruckende neue Polarisierung politischer Parteien in Europa in zwei Lager. Viele nationalistische,

1 Vgl. dazu Mazower, Mark (2026): For Europe, America was the future. Now what? In: Financial Times, »<https://www.ft.com/content/4f11cdfb-ff57-49e4-a2af-f9fcacf278940> (Letzter Zugriff: 09.02.2026).

populistische Rechtsaußenparteien positionieren sich nun, einfach gesagt, als pro-Trump und antieuropäisch, die meisten liberalen, zentristischen Parteien hingegen als anti-Trump und pro EU.²

Europa mit und ohne USA?

Deshalb kommt es zu einem großen politischen Ringen zwischen diesen beiden Europas. Wenngleich es sich um ein europaweites Ringen handelt, entscheidet sich sein Ausgang in verschiedenen nationalen Arenen demokratischer Politik. Die wesentliche strukturelle Herausforderung für Europa besteht heute darin, dass die nötigen politischen Lösungen zunehmend europäisch sind, die politischen Entscheidungen jedoch nach wie vor hauptsächlich national getroffen werden. Verteidigung, Technologie, Kapitalmärkte und die digitale Öffentlichkeit erfordern Dimensionen, die nur Europa bieten kann – Ausmaße, die die EU schon jetzt in Handel und Regulationen besitzt. In einer Welt der Giganten sollte man besser selbst einer sein.

Die ausführlichen Policy-Papiere der ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi und Enrico Letta haben einige der Maßnahmen dargelegt, die ein Europa ergreifen müsste, das wirklich entschlossen ist, eine unabhängige Weltmacht zu sein. Wie viel davon tatsächlich umgesetzt wird, hängt allerdings von nationalen Wahlergebnissen im Laufe dieses Jahrzehnts ab. Selbst die sogenannten Europawahlen – die Wahlen zum Europäischen Parlament – sind in Wirklichkeit die Summe mehrerer nationaler Entscheidungen.

Die Kräfteverhältnisse sind ausgeglichen. In Rumänien verlor im Mai 2025 ein antiliberaler Nationalist in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, in der Stichwahl um das Präsidentenamt in Polen am 1. Juni 2025 setzte sich der Rechtsnationalist Karol Nawrocki knapp gegen den weltoffenen Liberalen Rafał Trzaskowski

2 Vgl. dazu Krastev, Ivan und Leonard, Mark (2025): Trumps European Revolution. In: ECFR Policy Brief 594, »<https://ecfr.eu/publication/trumps-european-revolution/>« (Letzter Zugriff: 09.02.2026).

durch. Nawrocki ist nicht prorussisch, aber er ist antiliberal, antideutsch, antieuropäisch und eng mit der PiS-Partei (Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit) Jarosław Kaczyńskis verbunden.

Das polnische Wahlergebnis war umstritten. Zahlreiche Beschwerden über eine falsche Auszählung der Stimmen zugunsten von Nawrocki waren eingegangen. Die Aufgabe, über die Beschwerden zu entscheiden, erhielt eine von der PiS-Partei dominierte Kammer des Obersten Gerichts, deren Legitimität die EU nicht anerkennt. Der Parlamentspräsident entschied schließlich, eine Anfechtung des Wahlergebnisses nicht weiter zu verfolgen, sondern Nawrocki zu vereidigen. Bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2027 ist das mächtigste Land Mitteleuropas nun zu einer Zeit der erbitterten »Koexistenz« zwischen dem antiliberalen Präsidenten Nawrocki und dem liberalen Premierminister Tusk verdammt.

Es ist durchaus denkbar, dass im Jahr 2027 Marine Le Pen vom Rassemblement National – oder Jordan Bardella, sollte Le Pen weiterhin rechtlich von der Kandidatur ausgeschlossen sein – Emmanuel Macron als Präsidentin Frankreichs nachfolgt und die PiS die Parlamentswahlen in Polen gewinnt, und dass 2029 die AfD und Nigel Farages Reform UK bei den Parlamentswahlen in Deutschland bzw. Großbritannien die besten Ergebnisse erzielen. Dann hätte das antiliberaler Europa die Oberhand. Es gibt jedoch auch eine andere Zukunft, in der sich die liberalen Kräfte der Mitte in einer Reihe nationaler Wahlen durchsetzen und 2029 bei den Wahlen in Deutschland, Großbritannien und Europa triumphieren.

Äußere sowie innere Faktoren werden den Ausgang beeinflussen. Als Ursula von der Leyen im Mai 2025 den Karlspreis entgegennahm, erklärte die Präsidentin der Europäischen Kommission, dass wir ein »unabhängiges Europa« brauchen. Doch diese Rhetorik von europäischer Unabhängigkeit bestätigt ungewollt, wie abhängig der alte Kontinent auch 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch von den USA ist. Die vollgepackten Tagesordnungen der Gipfel von G7 über NATO bis zum Europäischen Rat in 2025 drehten sich allein darum, wie man auf Präsident Trump reagieren sollte und ihn nach Möglichkeit an Bord halten könnte.

Ein kanadischer Beamter beschrieb die Vorbereitungen für den G7-Gipfel treffend als »Ausrollen des roten Teppichs für Godzilla«.

Wie radikal Trump noch werden wird, was mit der amerikanischen Wirtschaft geschieht, ob die USA in Chaos und Gewalt versinken und ob sie einen autoritären Wahlkampf nach ungarischem Vorbild erleben werden, wer die Kongresswahlen 2026 und die Präsidentschaftswahlen 2028 gewinnen wird – all dies wird für Europa von existenzieller Bedeutung sein. Da sich viele populistische nationalistische Parteien in Europa mit Trump identifizieren und »Make Europe Great Again« rufen, beeinflusst dessen Erfolg oder Misserfolg auch ihren eigenen politischen Erfolg.

Das Amerika, das wir früher kannten, wird nie wiederkehren, aber es gibt ein breites Spektrum von möglichen Szenarien für die USA nach Trump. Im besten Fall erfordert der Aufbau europäischer Macht einen abgestimmten Übergang, also eine »Lastenverlagerung«, bei der die USA weniger tun, aber weiterhin wichtige strategische Ressourcen bereitstellen. Das beginnt mit dem Krieg in der Ukraine. Abgesehen von einigen wichtigen militärischen Grundfähigkeiten, die nur die USA liefern können (z. B. Satellitenaufklärung und Patriot-Luftabwehrraketen), wird die Frage von Erfolg oder Misserfolg von Europa abhängen.

Der Krieg wird weder mit einem vollständigen Sieg noch mit einer vollständigen Niederlage einer der beiden Kriegsparteien enden. Wie genau er ausgeht, wird von einer langen, komplexen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Europa auf der einen und Russland und dessen Partnern auf der anderen Seite abhängen. Ebenso werden sich die andauernden Kriege im Nahen Osten sowie ein möglicher Konflikt der USA und Chinas um Taiwan direkt und indirekt auf Europa auswirken.

In der Innenpolitik Europas gibt es erhebliche Gemeinsamkeiten, aber auch große nationale Unterschiede. Überall stehen Politiker oftmals hoch verschuldeter Staaten vor dem Problem, einer alternden Bevölkerung, die ein hohes Niveau von Sozialleistungen gewohnt ist, aber allergisch auf mehr Zuwanderung und höhere Steuern reagiert, zu vermitteln, dass sich etwas ändern muss. Und da haben die Regierungen noch nicht einmal mit den Anstrengungen

begonnen, um – zumindest »am Ende«, um die vielsagendste Formulierung eines Financial Times-Gastbeitrags von Merz und Macron zu verwenden – das neue NATO-Ziel zu erreichen, bis 2035 3,5 Prozent des BIP in die Verteidigung und noch einmal 1,5 Prozent in sicherheitsrelevante Infrastruktur zu investieren.³

Erhebliche Teile der Gesellschaften dort, insbesondere Menschen ohne höhere Bildung und in ärmeren Regionen, fühlen sich wirtschaftlich als auch kulturell abgehängt. Populisten lenken all diese Unzufriedenheit auf das Reizthema Migration. Zugleich befürchten junge Wähler, dass ihre Lebensaussichten schlechter sind als die ihrer Eltern. Das beginnt beim weit verbreiteten Problem unerschwinglicher Mieten. Viele von ihnen wenden sich Anti-Establishment-Parteien zu, sei es rechts oder links.

Europa als eine Summe der Lösungen

Politiker der liberalen Mitte haben Mühe, überzeugende Gegenkonzepte zu entwickeln, mit denen sie Wahlen gewinnen können. Einige der Herausforderungen, etwa die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, sollten eigentlich zu den Kernkompetenzen jener rationalen Politik gehören, auf die Liberale traditionell stolz sind. Andere, wie die Fragen nach der Rolle eines Staates im 21. Jahrhundert, was er leisten kann und was er unterlassen sollte, erfordern ein Umdenken, vergleichbar mit jenem der europäischen Sozial- und Christdemokraten nach 1945.

Bei der Migration begehen die Parteien der liberalen Mitte wiederholt den Fehler, sich die Rhetorik der extremen Rechten anzueignen (so verkündete der britische Premier Keir Starmer, dass Großbritannien riskiere, eine »Insel der Fremden« zu werden), ohne dass sie die irreguläre Migration wirklich in den Griff bekommen. Diese Kombination treibt Wähler lediglich zu den Populisten.

3 Vgl. dazu Macron, Emmanuel und Merz, Friedrich (2025): Macron and Merz: Europe must arm itself in an unstable world. In: Financial Times, »<https://www.ft.com/content/c1bf5fe8-602d-4887-a5eb-1bd247be9d54>« (Letzter Zugriff: 09.02.2026)

Sie sollten genau das Gegenteil tun: wirksam die irreguläre Migration regulieren und zugleich die positiven wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Effekte legaler Migration hervorheben. Es ist seltsam, dass die britische Labour Party scheinbar nicht in der Lage ist, das zu formulieren, obwohl auf ihren eigenen Parlamentsbänken so viele lebende Beispiele für die Vielfalt der Talente sitzen, die Einwanderung mit sich bringt.

Eine interessante Erfolgsgeschichte ist jene der sozialdemokratischen Premierministerin Dänemarks, Mette Frederiksen. Sie verbindet rigoroses Vorgehen gegen irreguläre Migration mit großzügigen Sozialausgaben und dem Verzicht auf fremdenfeindliche Rhetorik. Aber was in Dänemark klappt, muss nicht unbedingt anderswo funktionieren. Letztendlich unterscheidet sich die politische Kultur in den verschiedenen europäischen Ländern noch immer stark voneinander, sodass oft eher die spezifischen als die gemeinsamen Eigenschaften den Ausschlag geben.

Aber was an einem Ort funktioniert, lässt sich nicht unbedingt auf einen anderen übertragen. Eine zentrale Frage für Deutschland wird sein, ob die AfD, die bereits in weiten Teilen Ostdeutschlands stärkste Kraft ist, auch im bevölkerungsreicheren Westen des Landes weiter an Zuspruch gewinnen kann (ein AfD-Politiker in der ehemaligen Stahlarbeiterstadt Duisburg ließ schon Mützen mit dem Aufdruck »Make Duisburg Great Again« herstellen).

Vor Ort genauso wie global kommt es auf den Einzelnen an. Europas erfolgreichster antiliberaler Populist, Viktor Orbán, seit 2010 an der Macht, bekommt nun starke politische Konkurrenz von Péter Magyars Tisza-Partei (Tisztelet és Szabadság Párt – Respekt und Freiheitspartei). Angesichts der Natur von Orbáns Regime werden die Parlamentswahlen in Ungarn in April 2026 weder frei noch fair sein; aber wie Slobodan Milošević im Jahr 2000 am eigenen Leib erfahren musste, kann ein unpopulärer, langjähriger Amtsinhaber selbst nach einem unfairen Wahlkampf verlieren.

In Polen sind immer mehr junge Wähler frustriert von den ihrer Meinung nach endlosen Grabenkämpfen zweier mürrischer alter Männer, Kaczyński und Tusk, die seit 20 Jahren die polnische Politik prägen. In Frankreich wird nach Macrons überheblicher Entscheidung, im Jahr 2024 unnötige Parlamentswahlen anzusetzen, viel

davon abhängen, wer als Präsidentschaftskandidat gegen Le Pen oder Bardella antritt.

EU-Gründungsvater Jean Monnet hat einmal treffend bemerkt: »Europa wird in Krisen geschmiedet und die Summe der Lösungen sein, die für diese Krisen gefunden werden«. ⁴ Das gilt nach wie vor, doch muss man hinzufügen, dass Europa in einer Reihe nationaler politischer Auseinandersetzungen geschmiedet und die Summe der daraus resultierenden Wahlergebnisse sein wird.

Sollte das liberale Europa auf nationaler Ebene mehrheitlich gewinnen, sollte es der Ukraine möglich sein, Putins Russland abzuwehren, und sollten sich seine transatlantischen Weggefährten in den USA bis 2029 behaupten können, besteht die Möglichkeit, dass unsere jahrelange Zeitenwende zum Beginn einer strahlenden neuen Ära in Europas Geschichte wird. Das mag unwahrscheinlich sein, aber es ist dennoch möglich.

Aus dem Englischen übersetzt von Mitch Cohen

4 Monnet, Jean (1980): *Erinnerungen eines Europäers*. München: Carl Hanser, S. 528.